



UNTERSTÜTZT DIE Forderungen von Foodsharing

1. Wir fordern eine **nationale Strategie** der Bundesregierung, um die Lebensmittelverschwendung vom Acker bis zum Teller wirksam bis 2030 zu halbieren. Alle relevanten Akteure müssen bei der Entwicklung und Umsetzung eingebunden werden.
2. Wir fordern eine klare Definition sowie eine **Erfassungs- und Dokumentationspflicht** von Lebensmittelverlusten, bei der alle „Wegwürfe“ in Landwirtschaft, Industrie und Handel erhoben werden. Für Forschung und zum Monitoring müssen die Daten **transparent** zur Verfügung stehen.
3. Wegwerfen darf sich nicht mehr lohnen! Wir fordern die Bundesregierung auf, branchenspezifische und verbindliche **Zielmarken** zur schrittweisen Reduzierung des Lebensmittelabfalls in der gesamten Wertschöpfungskette festzulegen. Um diese im Einzelhandel erreichen zu können, fordern wir schon jetzt einen **Wegwerfstop**: Die Regierung muss Supermärkte gesetzlich verpflichten, genießbare, aber unverkaufte Ware zuerst an soziale Organisationen zu spenden, bevor sie entsorgt werden.
4. Wir fordern Rechtssicherheit und Klarstellungen für alle Tätigkeiten der **Lebensmittelretter*innen**. Fairteiler dürfen von Ämtern und Behörden nicht wie ein gewerbliches Lebensmittelunternehmen behandelt werden!
5. Schluss mit der Symbolpolitik: Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass **Mindesthaltbarkeits- (MHD) und Verbrauchsdatum** für Verbraucher*innen klar verständlich sind. Dafür sind Änderungen der Daten sowie wirksame Informationen der Verbraucher*innen notwendig.¹

¹ Quelle: <https://foodsharing.de/?page=content&sub=forderungen>